

BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES VOM 18. SEPTEMBER 2024

„NRW BLEIB SOZIAL“ – AUCH FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Der Landesjugendring NRW und seine Mitgliedsverbände unterstützen die Kampagne der freien Wohlfahrtspflege NRW „NRW bleib sozial“¹ und fordern alle Landtagsabgeordneten auf, die angedachten Kürzungen im Sozialbereich zurückzunehmen.

Wir möchten ausdrücklich anerkennen, dass die angespannte Haushaltslage finanzielle Einschnitte im Landeshaushalt bedeutet. Sich daraus ergebende Zielkonflikte stellen große Herausforderungen dar. Wir sind überzeugt davon, dass die Grundsatzentscheidung der Landesregierung, im Bereich Kinder, Jugend und Bildung keine Kürzungen vorzunehmen, angesichts der großen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft momentan steht, absolut richtig ist. Mit dem Kinder- und Jugendförderplan des Landes ist es möglich, die wichtigen Angebote der Jugendförderung in NRW weiterhin aufrechtzuerhalten und jungen Menschen Räume zu ermöglichen, in denen sie sich als selbstwirksame Demokrat_innen erleben können.

Im Sinne einer eigenständigen und einmischenden Jugendpolitik, der sich auch die Landesregierung verpflichtet hat,² sind die Lebenswelt und Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aber auch in vielen anderen politischen Ressorts direkt betroffen.

Die Kürzungen der sozialen Infrastruktur der freien Wohlfahrt und wichtiger zentraler Leistungen und Dienste in Höhe von insgesamt 89 Millionen Euro betreffen solche Lebensbereiche massiv.³

Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes, die berufliche Bildung, Familienbildung, -beratung und -erholung, die Verbraucher_innen- und Schuldner_innenberatung, die Aidshilfe, Maßnahmen zur Suchtprävention, der Schutz vor Gewalt von Mädchen und Frauen, der Bereich Flucht, Migration und Integration und nicht zuletzt der Bereich zur Förderung von LSBTIQ haben direkte Auswirkungen auf junge Menschen. Der Wegfall von staatlich finanzierten Unterstützungsangeboten in diesen Bereichen wird die Lebenssituation und die Bedingungen des Aufwachsens von jungen Menschen in NRW deutlich verschlechtern. Besonders betroffen sind dabei Kinder und Jugendliche in prekären Familiensituationen oder solche, die Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt sind. Durch die Kürzungen entfallen nicht nur Angebote für Kinder und Jugendliche, sondern auch Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Der drohende Entfall von

¹ Siehe <https://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/initiativen/nrw-bleib-sozial/einfuehrung>

² Siehe Koalitionsvereinbarung, Seite 48, https://gruene-nrw.de/dateien/Zukunftsvertrag_CDU-GRUeNE_Vorder-und-Rueckseite.pdf

³ Siehe Darstellung der Kürzungen unter https://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/fileadmin/user_data/2024/Initiativen/Kuerzungen_die_man_sieht/LAG_FW_Auswirkungen_HHP2025.pdf

Beschluss des Hauptausschusses

„NRW bleib sozial“ – auch für Kinder und Jugendliche vom 18. September 2024

bürgerschaftlichem Engagement betrifft die Gesellschaft im Ganzen – in der Gegenwart sowie in der Zukunft.

Wir fordern den Landtag und die Landesregierung Nordrhein-Westfalens dazu auf, die gute und richtige Zusage, nicht im Bereich von Kindern und Jugendlichen zu kürzen, vollständig umzusetzen und dabei auch die angesprochene Infrastruktur der freien Wohlfahrt zu erhalten und nicht durch die vorgesehenen Kürzungen den sozialen Frieden in NRW zu gefährden. Des Weiteren fordern wir den Vorstand des Landesjugendrings NRW auf, diesen Antrag in den Arbeitskreis G5 einzubringen und eine entsprechende gemeinsame Position der G5-Träger einzufordern.